

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/2560 –**

Bewegungsgipfel jetzt ausrichten – Deutschland durch Sport gesünder machen

A. Problem

Bewegungsmangel ist ein Risikofaktor für gesundheitliche Probleme, regelmäßige körperliche Bewegung hingegen dient der Prävention von Krankheiten und der psychischen Gesundheit, schützt aber auch vor schweren Verläufen einer COVID-19-Infektion. Die den Antrag einbringende Fraktion der CDU/CSU verweist auf aktuelle Studienergebnisse zu gesundheitlichen Problemen bei Kindern und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie, die darlegen, dass sich bei vielen Kindern und Jugendlichen die körperlich-sportliche Fitness verschlechtert und das Körpergewicht erhöht haben. Die Zahl der Kinder, die über nicht ausreichende Schwimmfähigkeiten verfügen, ist gestiegen. Auch bei Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen haben die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu einem Rückgang der Bewegungsaktivitäten geführt. Aus Sicht der antragstellenden Fraktion seien Sport und Bewegung nicht nur für die Gesundheit wichtig, sie hätten auch eine soziale Komponente, insbesondere wenn sie in Vereinen stattfänden. Die sich aus der Corona-Pandemie ergebenden Herausforderungen im Bereich des Sports erforderten ein Handeln der Bundesregierung. Das gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund entwickelte Konzept der Bundesregierung sei jedoch thematisch lückenhaft und die vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 25 Mio. EUR seien bei weitem nicht ausreichend.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/2560 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Philip Krämer, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 20/2560** in seiner 47. Sitzung am 7. Juli 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das Thema Bewegung müsse aus Sicht der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU zur „Chef-Sache“ erklärt und als Querschnittsaufgabe gedacht werden. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung daher im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auffordern, umgehend einen Bewegungsgipfel einzuberufen, der unter anderem ein forschungsergebnisbasiertes Lagebild erstellen, Handlungsfelder identifizieren und Lösungsansätze erarbeiten soll. Die Berücksichtigung der Erfordernisse von Prävention und Rehabilitation, der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, Kindern, Jugendlichen und Senioren sollen in die Erarbeitung von Strategien einfließen. Sicherzustellen sei die vollumfängliche Überarbeitung des Konzeptes „Neustart nach Corona“ unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Bewegungsgipfels. Um nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristige Problemlösungen anbieten zu können, müssten unter anderem eine angemessene Beteiligung der Betroffenen gewährleistet und der Finanzierungs- und Personalbedarf identifiziert werden. Ermittelt werden müsse auch der Bedarf an Sportstätten und Schwimmbädern, Missstände und Defizite müssten unter Einbindung aller öffentlichen Stellen und unter Bereitstellung der erforderlichen Mittel zeitnah behoben werden. Die Öffentlichkeitsarbeit der im Konzept skizzierten Kampagne müsse sich an alle Teile der Gesellschaft richten, um sie zum Sporttreiben zu motivieren und die Bemühungen der Vereine um Mitgliedergewinnung zu unterstützen. Unter Einbeziehung von Ländern und Kommunen sei ein erweitertes Angebot, inklusive der Barrierefreiheit von Sportstätten, für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln, um mehr Menschen mit Behinderungen das Sporttreiben zu ermöglichen. Die im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur UN-Behindertenrechtskonvention enthaltenen Maßnahmen müssten fortgeschrieben werden. Die Folgen des Bewegungsmangels bei Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie im Bereich des Vereins- und Schulsports sollen wissenschaftlich untersucht werden. Bei der Erarbeitung und Umsetzung der Gesamtstrategie und der Bereitstellung der Bewegungsangebote im öffentlichen Raum müssen Länder und Kommunen eingebunden werden und der Deutschen Bundestag und dessen zuständige Ausschüsse sollen fortlaufend unterrichtet werden. Schließlich sollen Erstellung und Umsetzung der Strategie durch das Bundeskanzleramt koordiniert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat die Drucksache 20/2560 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 beraten. Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der Finanzausschuss hat die Drucksache 20/2560 in seiner 21. Sitzung am 21. September 2022 beraten. Der **Finanzausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der Haushaltsausschuss hat die Drucksache 20/2560 in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 beraten. Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Drucksache 20/2560 in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 beraten. Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/2560 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/2560 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** lehnte den Antrag ab, da die darin erhobenen Forderungen obsolet seien. Die Bundesregierung sei sich der gesamtgesellschaftlichen Probleme, welche durch Bewegungsmangel entstünden, bewusst. Vor diesem Hintergrund ergreife sie erhebliche Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken. Im Dezember werde ein hochrangiger Bewegungsgipfel stattfinden, den Bundesministerin Faeser unabhängig von dem vorliegenden Antrag der Unionsfraktion anberaume habe. Neben den beteiligten Ressorts im Bund und Vertretern der Länder werde daran außerdem der organisierte Sport teilnehmen. Ziel sei die sektorübergreifende Zusammenarbeit, um die gesundheitsfördernde Wirkung von Bewegung sowie die gesellschaftliche Kraft des Sports voll zu entfalten. Daneben ergreife die Bundesregierung umfangreiche Maßnahmen, um Akteure des Sports nach der Corona-Pandemie zu stärken, wie zum Beispiel durch die Finanzierung des DOSB-Programms ReStart Sport. Die Regierungsfaktionen hätten gleichfalls dafür gesorgt, dass der Bereich Sport und Bewegung im aktuellen Haushaltsverfahren nicht hinter das Vor-Corona-Niveau zurückfalle. Die Unionsfraktion werde aufgefordert, in den Bundesländern, wo CDU und CSU an der Regierung beteiligt seien, die Kommunen in die Lage zu versetzen, Förderung aus dem 476 Mio. Euro schweren Programm zur „Sanierung von kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu beantragen und umzusetzen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass Deutschland sich zu wenig bewege. Es gebe mittlerweile zahlreiche wissenschaftliche Studien, die zu dem Ergebnis kämen, dass es zu viele Menschen gebe, die zu wenig Sport machten. Verbunden sei mit diesem Befund der Anstieg nicht nur typischer Zivilisationskrankheiten, sondern auch die Zunahme vieler orthopädischer Probleme wie Rückenschmerzen, die mittlerweile auch bei Kindern gehäuft aufträten. Dass die Pandemie die bekannten Probleme nochmals verschärft habe, liege auf der Hand. Die Politik könne nicht tatenlos bleiben, die Bundesregierung müsse aktiv werden. Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion sie mit dem Antrag auf, einen Bewegungsgipfel einberufen, der dazu dienen solle, die Handlungsfelder zu identifizieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Außerdem müsse die Bundesregierung in einem nächsten Schritt eine Gesamtstrategie entwickeln, damit die geschilderten Defizite schnell und nachhaltig behoben würden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass die Regierungskoalition den geforderten Bewegungsgipfel längst in der finalen Planung habe. Das sei auch bereits gut mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vorbesprochen worden. Das in der öffentlichen Debatte als Bewegungsgipfel bezeichnete Spitzentreffen zwischen Bund und Sport sowie weiteren Akteuren werden noch in diesem Jahr stattfinden. Daher sei man sich mit der antragstellenden Fraktion einig und werte den vorliegenden Antrag als gute Unterstützung der vielfach bereits beschlossenen Maßnahmen wie dem millionenstarken Neustartprogramm für den Sport nach der Corona-Pandemie. Ausdrücklich baue man auch weiter im Sportausschuss auf große Unterstützung über die Fraktionsgrenzen hinweg, wenn es um die aufgrund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine und die daraus folgenden Probleme auf dem Energiesektor notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für die Sportvereine gehe. Dass man bei einigen Punkten im Forderungsteil des vorliegenden Antrages getrennter Meinung sei, sollte nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht verschwiegen werden. Der langjährige Modernisierungstau bei den Sportstätten in Deutschland sei auch auf die als einseitig eingeschätzte Fokussierung der Regierungspolitik in den letzten Jahren auf den Spitzensport zurückzuführen. Jetzt könne man positiv sagen, dass die Investitionen des Bundes für die Sportstätteninfrastruktur im laufenden Jahr 2022 auf dem höchsten Stand lägen. Auch habe man aus der Corona-Pandemie gelernt und mit der vor kurzem verabschiedeten Novelle des Infektionsschutzgesetzes sei ausgeschlossen, dass der Bund pandemiebedingt Sportstätten schließen würde. Letztlich sei auch das ein gutes Zeichen für die Menschen in den Sportvereinen.

Die **Fraktion der AfD** unterstützte den Antrag, auch wenn die im Antrag beschriebenen Defizite und letztlich Gründe für den Antrag vom Antragsteller selbst mit verschuldet worden seien. Die CDU/CSU-Fraktion habe in den Jahren 2020 und 2021, damals noch in der Regierung, entscheidend dazu beigetragen, dass das Sporttreiben und damit Bewegung massiv behindert und zu einem großen Teil auch verhindert worden seien. Die AfD habe in dieser Zeit immer betont, dass Sport und Bewegung allgemein nicht Teil des Problems, sondern ein Teil der Lösung seien. Zu den beschriebenen Entwicklungen und Fakten hätte es, zumindest in diesem Umfang, nicht

kommen müssen. Der Antrag sei aber auch ohne die besonders sport- und bewegungsarmen Jahre 2020 und 2021 sinnvoll. Die beschriebenen Entwicklungen seien in der Tendenz auch schon vor 2020 zu beobachten und festzustellen gewesen und durch die Einschränkungen nur noch einmal verstärkt worden. Der Bewegungsgipfel sei auch notwendig, um die Entwicklung der in den vergangenen fast drei Jahren rückläufige Zahl von Mitgliedern in den Vereinen des organisierten Sports umzukehren und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Menschen auch außerhalb des organisierten Sports wieder mehr bewegen.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass die im Antrag aufgestellte Forderung nach einer repräsentativen Studie zur Erhebung der durch die Corona-Pandemie entstandenen Defizite im Bereich des Vereins- und Schulsports aufgrund des föderalistischen Prinzips und der Zuständigkeit des Bundes für den Spitzensport nicht im Ermessen des Deutschen Bundestages liege. Ferner seien die Bundesländer über die Kultusministerkonferenz hier angehalten, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Ebenfalls sei die Sicherstellung des Bedarfs an geeigneten Sportstätten und Schwimmbädern bereits durch die Erarbeitung eines digitalen Sportstättenatlases, dessen Entstehung in den vergangenen Jahren verzögert worden sei, ein erster Schritt hin zu modernen und barrierefreien Sportstätten, sodass in diesem Zusammenhang bürokratische Doppelstrukturen zu vermeiden seien. Ferner sei die Errichtung einer Stelle im Bundeskanzleramt, um die Beteiligung aller zuständigen Stellen bei der Erarbeitung einer Strategie sicherzustellen, nicht zielführend, da die Zuständigkeiten für den Sport – sowohl im Bundesministerium des Innern und für Heimat als auch beim Deutschen Olympischen Sportbund mit seinen Sportfachverbänden – bereits umfassend geregelt seien. Auch in diesem Zusammenhang seien zusätzliche bürokratische Hürden und Doppelstrukturen durch eine weitere für den Sport zuständige Stelle zu vermeiden. Der Antrag sei aus diesen Gründen abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie sehe in der im Antrag der CDU/CSU vorgelegten Situationsbeschreibung sowie in den vorgeschlagenen neun Maßnahmen ein ehrliches Resümee der Versäumnisse der Regierung Merkel in den letzten 16 Jahren. Schließlich habe die Union das für den Sport zuständige Innenministerium in diesen Jahren immer geführt. Unstrittig sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE., dass die Corona-Pandemie und die teils falschen Entscheidungen von Bund und Ländern den Schul-, Gesundheits- und Breitensport massiv eingeschränkt und dadurch die gesundheitlichen Schäden durch Bewegungsmangel und fehlende Sportangebote deutlich verschärft hätten. Deshalb habe ihr sportpolitischer Sprecher bereits im November 2020 die Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert, mit Blick auf die Corona-Pandemie zu einem Sportgipfel ins Kanzleramt einzuladen, statt sich zum x-ten Mal mit der Autolobby zu treffen. Seit vielen Jahren fordere DIE LINKE., dass der Sport, der Teil der Daseinsvorsorge sei, als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werde und der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen für eine gute und auch barrierefreie Infrastruktur bei Sportstätten und Schwimmbädern Sorge.

Berlin, den 21. September 2022

Sabine Poschmann
Berichterstatlerin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

